

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlag: Riesner Verlag, Leipzig, Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfach: Dresden 1830, Gröbelsche Riesa Nr. 82.

Nr. 164.

Sonntag, 17. Juli 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebes sind bis 8 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Kettzeile 100 Gold-Pfennige; jeztäubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Vertrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Anstalten oder der Verlagsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Janger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübnermann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Mellons Europareise.

Die schon mehrfach angekündigte Reise des amerikanischen Schatzsekretärs Mellon nach Europa ist nunmehr Tatsache geworden. Der Schatzsekretär hat sich bereits in New York eingeschifft und wird in der nächsten Woche in Europa eintreffen. Das amerikanische Staatsdepartement erklärt, Mellon wolle in Italien lediglich seinen Erholungsurlaub verbringen. Es liegt auf der Hand, daß Mellons Europareise hochpolitische Bedeutung zukommen wird. Die wir von maßgebender amerikanischer Seite erfahren, wird der Schatzsekretär außer mit englischen und französischen Finanzleuten auch mit dem zur Zeit in Frankreich weilenden Agenten für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert zusammenstreffen. Wenn man amerikanischen Blättermeldungen Glauben schenken darf, so soll die Begegnung Mellons mit Parker Gilbert vornehmlich den Zweck verfolgen, der Frage einer Revision des Dawes-Planes näherzutreten. Eine Revision des Dawes-Planes soll mit der Frankens-Stabilisierung in Beziehung gebracht werden. Mellons Plan geht darauf hin, zunächst eine internationale Finanzkonferenz zu schaffen, auf der ein Generalplan für die europäische Währungsstabilisierung aufgestellt werden soll.

Auf Grund der letzten Besprechungen Parker Gilberts mit französischen und englischen Finanzleuten soll beabsichtigt sein, mit Mellon ein Projekt zu besprechen, das eine sofortige Befriedigung der finanziellen Ansprüche Frankreichs auf Grund des Dawes-Planes vorsieht. Man wolle Frankreich dadurch die Möglichkeit geben, seine Finanzen zu sanieren und den Frankens zu stabilisieren. Bekanntlich sind Deutschlands Verpflichtungen von maßgebenden Finanzleuten schon vor einiger Zeit auf 13 Milliarden 200 Millionen Dollar berechnet worden unter Zugrundelegung einer 6 1/2-prozentigen Zahlungsrate bei 4 Prozentiger Verzinsung.

In Berliner politischen Kreisen glaubt man, daß Frankreich sich bereit erklären dürfte, seinen Anteil mit 50 Prozent zu diskutieren. Selbstverständlich kommt hier eine eigentliche Barzahlung nicht in Frage, sondern mit Zustimmung der Reichsregierung und der Reparationsagenten möchte man zu erwägen haben, deutsche Eisenbahnen in Höhe von 1 Milliarde Dollar auf dem internationalen Finanzmarkt zu verkaufen. Der rechtliche Zeit könnte dann im Verlauf von einigen Jahren durch Zahlungen beglichen werden.

Damit wird in der nächsten Zeit die Frage einer Revision des Dawes-Planes wieder mehr in den Vordergrund treten. Man glaubt, daß der französische Finanzminister Caillaux mit einer Revision des Planes durchaus rechnen. Bemerkenswertweise hat er bei dem Abschluß des Schuldenabkommens mit England eine Berücksichtigung der deutschen Zahlungen bei den franz. Verpflichtungen gegenüber England gefordert und schließlich auch erhalten. Selbstverständlich verfolgt die französische Regierung hierbei weitergehende Pläne. Bei einer etwaigen Synchronisierung der deutschen Dawes-Verpflichtungen, die für Frankreich eine äußerliche Konzession darzustellen scheint, wird es dann gleichzeitig in Gemeinschaft mit England von der Regierung von Washington einen Verzicht der amerikanischen Forderungen an England und Frankreich verlangen.

In Berlin rechnet man damit, daß der Reparationsagent, Parker Gilbert, sofort nach seiner Besprechung mit Mellon sich nach Berlin begeben wird, um die Reichsregierung von den Plänen der Regierungen von Amerika, England und Frankreich zu unterrichten.

Der Reichsamtpräsident Dr. Schacht ist soeben von seinem Erholungsurlaub wieder nach Berlin zurückgekehrt. In maßgebenden Kreisen der Reichsamt wird nachdrücklich verlangt, die Reichsamtverwaltung werde angesichts der Europareise des amerikanischen Schatzsekretärs ihrerseits keinen Beamten nach Frankreich entsenden, um mit der dort versammelten Hochfinanz-Führung zu sprechen. Eine Reise Dr. Schachts nach Paris und überhaupt eine Beteiligung Deutschlands an einer Finanzkonferenz über Währungsfragen wird nur erfolgen, wenn die maßgebenden ausländischen Kreise an die Reichsamtverwaltung eine offizielle Einladung richten.

Das Vorgehen der Kontrollkommission.

Neuter über den Schriftwechsel der alliierten Kontrollkommission mit Deutschland.

London. Wie Neuter erzählt, ist für die wiederholten Andeutungen, daß die alliierte Kontrollkommission ohne Kenntnis der englischen Regierung an Deutschland in Betreff der Abdrückung Forderungen gestellt habe, kein tatsächlicher Grund vorhanden. Es scheint unabweisbar, daß ein Schriftwechsel zwischen der Kontrollkommission und der deutschen Regierung erfolgte, aber dieser Schriftwechsel ist gänzlich aus den Forderungen erwachsen, die vor einem Jahre an Deutschland gerichtet worden sind. Es ist keine Abweichung von der bisherigen Politik eingetreten, da die fragliche Korrespondenz von dem Vorkommen der Kommission nicht aus eigener Machtvollkommenheit und ohne Bezugnahme auf seine Kollegen in der Kommission, wie dies berichtet wurde, geführt worden ist. Nach englischer Auffassung liegt in den jüngsten Handlungen Deutschlands hinsichtlich der Abdrückung nichts, um Forderungen vorzubringen, wie sie in einem Teil der deutschen Presse berichtet worden sind, obgleich es richtig ist, daß man in einigen Kreisen die Ansicht hegt, Deutschland hätte bei seinen Maßnahmen schneller zu Werke gehen können.

Staatliche Maßnahmen zur Milderung der Erwerbslosigkeit.

Kostbararbeiten für Sachsen in weitestem Maße geplant.

Bekanntlich haben in den letzten Tagen mehrfach Besprechungen zwischen Mitgliedern des Reichskabinetts und Landesverreitern über die Aufstellung eines großen Kostbararbeitenprogramms zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stattgefunden. Zur praktischen Durchführung wurde ein Ministerialentscheid in Berlin eingeleitet, dessen Pläne wir in großen Zügen kurzlich mitteilen werden. Dabei wurde bereits erwähnt, daß für Sachsen in erster Linie die Regatierung der Elster in Angriff genommen werden soll.

Der sächsische Finanzminister Dr. Dehne hat bei der Konferenz zu wiederholten Malen mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß gerade

Sachsen mit rund 200 000 Erwerbslosen

an der Bekämpfung der katastrophalen Erwerbslosigkeit das höchste Interesse haben müsse. Am Donnerstag und Freitag der kommenden Woche soll eine weitere Konferenz in Berlin stattfinden, und die sächsische Regierung hat hierzu schon ein Programm für die in erster Linie in Frage kommenden Arbeiten aufgestellt.

Im Hinblick auf die Hochwasserschäden der letzten Wochen sollen zunächst

Nachregulierungen

ausgeführt werden. In Frage kommen unter anderen die Spree, die Elbe und die Gollente. Auch Elbbauverbauungen und Talperrren werden geplant. Endlich will man dem Plan der Hydroelektrischen Seelitzanlage auf dem Hochplateau von Oberwartha, oberhalb von Coschubau, das in Gemeinschaft mit der Stadt Dresden erbaut werden soll, näher treten. Ueber dieses Projekt hatten wir vor einigen Monaten anlässlich eines Vortragsabends des Reichsbundes Deutscher Technik im Elbehallen-Palais durch Staatsrat Wahl ausführlich berichtet. Es sei hier nur daran erinnert, daß diese Anlage den Ausgleich des sogenannten Epthen-

bedarfs an elektrischer Energie ermöglichen soll. Da es sich um umfangreiche Erdbewegungen handelt, dürfte hier eine sehr bedeutende Zahl von Erwerbslosen auf Monate hinaus Beschäftigung erhalten.

Der Bau des Mittelkanals.

Der für den Leipziger Bezirk von großer Wichtigkeit ist, wird energisch gefördert werden, und es soll gleichzeitig der Südlager mit Anschluß nach Leipzig hin in Angriff genommen werden. Vorbedingung hierfür ist allerdings, daß sich die Stadt Leipzig und die daran beteiligten Kreise auch finanziell zu einer Unterstützung bereit finden lassen, was nach Lage der Dinge und bei der Wichtigkeit dieses Projektes wohl als sicher voraussetzen darf.

Was die Verteilung der Arbeiten im Bereiche der

Reichsbahn

anlangt, so dürften zunächst die beiden Eisenbahnlinien Elben-Oberwartha und Borna-Großhain gebaut werden. Bekanntlich werden zur Zeit schon Arbeiten am Ausbau der Linie Borna-Großhain vorgenommen. Auch bei diesen Eisenbahnbauten können viel Erwerbslose für Monate hinaus Verdienst finden.

Endlich wird sich die Fürsorge der Staatsregierung auch auf die energische

Förderung des Wohnungsbaues

erkennen. Man will in Zukunft die für den Wohnungsbaues bestimmten Mittel nicht wie bisher unmittelbar als Baugelder ausgeben, sondern sie nur zur Verzinsung von Baugeldern verwenden. Diese Baugelder müßten dann im Wege von Anleihen aufgebracht werden. Jedenfalls steht schon heute fest, daß auf diesem Wege weit bedeutendere Kapitalien zur Deckung des Wohnungsbaues aufgebracht werden können.

Dr. Bell zum Reichsjustizminister ernannt.

Berlin. Reichspräsident von Hindenburg hat auf Vorschlag des Herrn Reichskanzlers den Reichsminister a. D. Dr. Bell zum Reichsminister der Justiz ernannt und ihn gleichzeitig mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete beauftragt.

Zum Tode des Bischofs von Kessler.

Beileidstelegramm des Reichspräsidenten anlässlich des Ablebens des Bischofs von Kessler.

Berlin. Der Herr Reichspräsident hat anlässlich des Ablebens des Bischofs von Kessler an das Domkapitel von Rottenburg folgendes Telegramm gerichtet:

Dem Domkapitel Rottenburg und der Diözese spreche ich zu dem schweren Verluste, den Sie durch den Heimgang des Bischofs von Kessler erlitten haben, meine herzlichste Teilnahme aus. gez. von Hindenburg, Reichspräsident.

Reichskanzler Dr. Marx zum Ableben des Bischofs von Kessler.

Berlin. Reichskanzler Dr. Marx hat an den Domkapitel in Rottenburg am Redar das folgende Telegramm gesandt:

Dem Hohen Domkapitel der Diözese Rottenburg spreche ich zu dem plötzlichen Hinscheiden Ihres Oberhirten, des hochwürdigsten Herrn Bischofs Dr. von Kessler meine aufrichtigste Teilnahme aus. Vor fast Jahresfrist durften wir noch dem nunmehr Verstorbenen unsere Wünsche zum seltenen Doppeljubiläum 50-jähriger priesterlicher und 25-jähriger bischöflicher überaus segensreicher Tätigkeit dardringen. Heute stehen wir trauernd an der Bahre dieses hervorragenden Kirchenfürsten, der eine Blüte des deutschen Episkopates war und nicht nur bei seinen Glaubensgenossen als feinsinniger Gelehrter und Förderer christlicher Kunst im höchsten Ansehen stand. Er möge ruhen in Frieden. gez. Reichskanzler Dr. Marx.

Das deutsch-polnische Wiener Abkommen.

Berlin. Nach Art. 7, § 1 des deutsch-polnischen Abkommens über Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen vom 30. August 1924 haben die sogenannten "Geburtsvoten", d. h. Reichsangehörige, die im polnischen Gebiet von Eltern geboren sind, welche z. Bt. der Geburt in diesem Gebiet ihren Wohnsitz hatten, zur deutschen die polnische Staatsangehörigkeit hinzuerworben. Sie sind hierdurch also zunächst zuerst mixtes geworden. In den §§ 2-4 des Art. 7 des Abkommens ist die Befreiung dieser Doppelstaatsangehörigkeit geregelt. Es wird bestimmt, daß die Geburtsvoten die polnische Staatsangehörigkeit verlieren und die deutsche Reichsangehörigkeit behalten haben, wenn sie am 10. 1. 1920 in Polen wohnen und zwischen diesem Tage und dem 10. 7. 1924 dieses Gebiet unter Umständen verlassen haben, die ihre Auswanderungsabsicht erkennbar machen. Eine solche Absicht ist jedoch nicht anzunehmen, wenn sie sich im rechtmäßigen Besitz eines polnischen Passes befinden

haben, der nicht nur zum Zwecke des Grenzübertretts, sondern auch für den Aufenthalt außerhalb Polens erteilt worden ist.

§ 3 des Art. 7 umfaßt den Befall der polnischen Staatsangehörigkeit bei Geburtsvoten, die am 10. 1. 1920 außerhalb Polens wohnen. Bei ihnen gilt der Verzicht auf die polnische Staatsangehörigkeit in der Regel als am 10. 1. 1922 vollzogen, wenn sie nicht bis zum 10. 7. 1924 nach Polen zurückgekehrt sind. Sie haben alsdann unter Verlust der polnischen Staats- die deutsche Reichsangehörigkeit behalten. Umgekehrt haben sie für den Fall, daß sie innerhalb dieses Zeitraumes nach Polen zurückgekehrt sind mit dem Zeitpunkt dieser Rückkehr die deutsche Reichsangehörigkeit verloren und die polnische Staatsangehörigkeit behalten.

Rückkehr nach Polen im Sinne des § 3, Art. 7 ist dann anzunehmen, wenn angenommen werden kann, daß sie in der Zeit zwischen dem 10. 1. 1920 und dem 10. 7. 1924 in Polen eine ständige Niederlassung begründet haben, ferner, wenn ein Geburtsvotale sich in der maßgebenden Zeit in der erkennbaren Absicht der ständigen Niederlassung nach Polen begeben hat und an der Verwirklichung dieser Absicht dadurch verhindert worden ist, daß er gezwungen wurde, Polen wieder zu verlassen.

Präsident Coolidge über die Kriegsursachen.

Bei der Gedächtnisfeier auf dem Arlington-Friedhof, dem "Selbsten" Amerikas, hielt Präsident Coolidge eine längere Rede, in der er auf die Notwendigkeit, Kriege durch weitere Abdrückung zu vermeiden, hinwies. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen bemerkte der Präsident wesentlich: "Rein Wissender kann beweisen, daß es in weitem Ausmaße Europas wirtschaftliche Verhältnisse waren, durch die die unter allerstärkstem Wirtschaftsdruck lebenden Länder Europas kopfüber in den Weltkrieg hineingetrieben wurden. Diese Länder waren durch Betrüben in Anspruch genommen. Wenn ein Land einen Schiffstiel legte, so hielt das Nachbarland die Kiellegung von zwei Schiffen für notwendig. Wenn ein Land ein Regiment aushob, so stellte das Nachbarland deren drei auf. Die Völker Europas waren bewaffnet und gebildet zum Schaden des industriellen Lebens. Die europäischen Nationen waren besteuert und verschuldet bis zur Unerschöpflichkeit. Sie lebten unter dieser Last und suchten von diesem unausweichlichen Druck sich zu befreien, indem eine die andere ausplünderte..."

Beschärfung der Lage in China.

Schanghai. In Missionarkreisen herrscht wachsende Verlegenheit wegen der Lage der Missionare und der anderen Fremden in Sianfu, das von den Kruppen Wupeifu seit zwei Wochen belagert wird, und ständig von Feuer und Lebensmittelmangel bedroht ist. Man glaubt, daß sich in Sianfu 15 Engländer und 20 bis 30 Skandinavier befinden. Ein hervorragender Missionar, den man in Schanghai über die Lage befragte, erklärte, daß zahlreiche Städte und Dörfer der Umgegend geplündert und völlig vernichtet seien. Die Niederlassungen der Missionare seien zerstört worden und die ganze Gegend biete den Anblick einer Wildnis.

Ein Kabinettsstück bayrischer Brankunst ist

„Würzburger Hofbräu“

Man verlange Vertreter: Rich. Schwade es überall. Riesa a. Elbe, Formaf 49.